

GewerkschaftsLinke: Strategiekonferenz 2020 und ihre Aufgaben

Lars Keller, Neue Internationale 238, Juni 2019

Am 18. Mai 2019 trafen sich in Frankfurt am Main AktivistInnen aus dem Bereich der Gewerkschaftslinken, um eine Strategiekonferenz für kämpferische Gewerkschaften im kommenden Jahr vorzubereiten (vernetzung.home.blog). In der Diskussion waren sich fast alle politischen Kräfte einig, dass die Konferenzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung eigentlich nur Austauschforen darstellen. Die zur Koordinierung einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik notwendige strategische Diskussion findet dort ebenso wenig statt wie eine Beschlussfassung zur verbindlichen gemeinsamen Aktion – ein Resultat der Dominanz des linken Gewerkschaftsapparates, der diese Versammlungen auf unverbindlichen Austausch beschränken will. Daher beschloss die GewerkschaftsLinke, eine eigene Strategiekonferenz, vermutlich im Januar oder Februar 2020, durchzuführen.

Die Lage

Eine Strategiekonferenz muss die gegenwärtige Lage der Gewerkschaften bewerten. Derzeit stehen wir vor einer neuen Verschärfung der seit 2008 weltweit allgegenwärtigen Krise. Nach einem kurzen Aufschwung der letzten Jahre werden zur Zeit die Wachstumsprognosen nach

unten revidiert, für Deutschland „halbiert“ (0,8 %). Bürgerliche PolitikerInnen und ÖkonomInnen erwarten ein Ende der Konjunktur. Globale Konfliktherde nehmen zu: drohender Brexit, Staatsschuldenkrise in Italien, Handelskonflikte – vor allem zwischen USA und China – sind nur einige der Punkte.

Treibende und zugleich verschärfende Kraft hinter diesen Entwicklungen ist die zugespitzte Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Mächten und der daraus resultierende Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Während die Herrschenden in den imperialistischen Zentren 2008 und in den folgenden Jahren noch zu einem koordinierten Vorgehen gegen die Auswirkungen der Krise fähig waren – vor allem durch Auslagern der Krisenfolgen in Halbkolonien sowie durch eine Politik der Bankenrettung und des billigen Geldes -, sind die Möglichkeiten beim nächsten Einbruch der Konjunktur deutlich beschränkter. Erstens haben die Maßnahmen zur Rettung der großen Unternehmen selbst dazu geführt, dass nicht so viel Kapital vernichtet wurde, wie zu einer neuen nachhaltigen Expansion nötig wäre. Im Gegenteil: Die strukturellen ökonomischen Probleme – Überakkumulation von Kapital, Verschuldung, neue spekulative Blasen – sind größer geworden. Zugleich schwindet auch die Möglichkeit und Bereitschaft der herrschenden Klassen, zu einem koordinierten

Vorgehen – stattdessen haben die Tendenzen zu Blockbildung und Unilateralismus zugenommen. Die Kosten der Krise sollen auf die KonkurrentInnen abgeladen werden, die um die Vormachtstellung kämpfen.

Vor diesem Hintergrund sind auch härtere Angriffe auf die Kernsektoren der ArbeiterInnenklasse zu erwarten, auf die sich heute die IG Metall, IG BCE usw. im Wesentlichen stützen.

Die Konzerne sind sich dieser verschärften Konkurrenz und der drohenden Krise bewusst. In der Automobilbranche – einem, wenn nicht dem zentralen Sektor der deutschen Industrie – werden bereits jetzt große „Sparprogramme“ aufgelegt. So sollen bei VW 7.000, bei Daimler 10.000, bei Ford-Deutschland 5.000 Jobs vernichtet werden. Trotz dieser klaren Kampfansage schüren die GewerkschaftsführerInnen weiter die Illusion, all dies ließe sich wie eh und je sozialpartnerschaftlich lösen.

Dabei mussten wir schon in der Vergangenheit die fatalen Auswirkungen dieser Politik erleben. Sie schlägt sich nach den mitgetragenen Generalangriffen der letzten Jahrzehnte (Ausverkauf der DDR, Agenda 2010) in den Mitgliederzahlen nieder. 2017 wurde die 6-Millllionenmarke im DGB unterschritten. Der Klassenfrieden, die Konzentration auf rein ökonomische Aufgaben (Lohn, Arbeitszeit,..) und die Standortlogik stellen

einen

wesentlichen Grund für die Rechtsentwicklung auch von Teilen der Mitgliedschaft dar.

So fordert der Vorsitzende des VW-Gesamt- und Konzernbetriebsrats Osterloh: „(...) wir wollen auch deutlich mehr Zusagen für Zukunftsarbeitsplätze. Und diese Zukunftsarbeitsplätze entstehen nicht irgendwo in der Welt, sondern in der VW-Heimat.“ Der Konzernbetriebsrat gibt sich hier kämpferisch – doch nur für die Belegschaft an „seinem“ Standort. Die VW-Beschäftigten in anderen Ländern spielen bei dieser Art standortbornierter Politik allenfalls am Rande eine Rolle.

Sie spielt dabei unwillkürlich RassistInnen und RechtspopulistInnen in die Hände, die sich noch als die Anwälte „deutscher Arbeitsplätze“ präsentieren – und damit Erfolge einfahren. 15 % der DGB-Mitglieder wählten 2017 die AfD – ein Kampf dagegen oder auch nur eine Diskussion über die Ursachen findet so gut wie nicht statt. Eine Aufnahme von Geflüchteten in die Gewerkschaften erfolgt zumeist nur, wenn diese bereits in ein Arbeitsverhältnis eingetreten sind. Ein Abschiebestopp wurde letztes Jahr diskutiert – aber bloß für berufstätige Geflüchtete, ganz im Einklang mit der Industrie.

Eine Frage der Kontrolle

Angesichts dieser Ausgangslage ist die Initiative zur Strategiekonferenz der Gewerkschaftslinken wichtig und richtig. Ein erstes Vorbereitungstreffen fand Mitte Mai 2019 statt. Aus unserer Sicht sollte eine Strategiekonferenz der Startpunkt für den Aufbau einer klassenkämpferischen Basisopposition in den Gewerkschaften sein. Das bedeutet einerseits, dass Arbeitsk Kampfmaßnahmen demokratischer und kämpferischer gestaltet werden.

Es muss darum gehen, die Kontrolle über die Kämpfe in die Hände der Belegschaften selbst zu legen. Jeder Arbeitsk Kampf, bei dem sich die ArbeiterInnen selbst dazu ermächtigen, zu entscheiden, wie und für was sie kämpfen wollen, wird jedoch unweigerlich einen Konflikt mit der Gewerkschaftsbürokratie hervorrufen – auch mit deren linkem Flügel.

Die GewerkschaftsführerInnen und FunktionärInnen, der gesamte bürokratische Apparat, sind nicht nur ideologisch auf Klassenzusammenarbeit getrimmt. Die Politik der Sozialpartnerschaft entspricht der Vermittlerrolle, die die Bürokratie im Kampf zwischen Kapital und Arbeit einnimmt – eine Vermittlerrolle, die ihrerseits über Jahrzehnte institutionalisiert wurde und mit einer engen Bindung der

Bürokratie an Unternehmen
und Staat einhergeht.

Die opportunistische Haltung zu den Arbeit„geber“Innen stellt daher keinen politischen Ausrutscher dar, sondern bildet vielmehr das Lebenselixier dieser Funktionärsschicht, selbst wenn sie gelegentlich gezwungen sein kann, linker und kämpferischer aufzutreten, als ihr lieb ist. Darüber hinaus ist die heutige Struktur der Gewerkschaften hierarchisch durchorganisiert und auch kämpferische FunktionärInnen können dadurch Repressionen von höheren Instanzen ausgesetzt werden. Genau deshalb geht es nicht bloß um eine andere Politik der Gewerkschaften – es geht um ihre grundsätzliche Reorganisation auf klassenkämpferischer, antibürokratischer Basis.

Eckpunkte dessen sind:

- Aufbau von Streikkomitees, die gegenüber den Vollversammlungen in den Betrieben verantwortlich, von diesen gewählt und jederzeit abwählbar sind! Diese Versammlungen müssen alle Beschäftigten einschließen, auch die gewerkschaftlich unorganisierten, um sie in den Kampf einzubeziehen und den Druck auf die Routine des Apparats zu erhöhen. Die Komitees müssen zentralisiert und zu einer schlagkräftigen Führung ausgebaut werden!
- Streiks und Kämpfe müssen gegen StreikbrecherInnen, Polizei und ProvokateurInnen geschützt werden! Dazu sind

demokratisch kontrollierte Streikposten zu Selbstverteidigung der ArbeiterInnen nötig!

- Für das Recht aller politischen und sozialen Gruppierungen (mit Ausnahme faschistischer und offengewerkschaftsfeindlicher), sich in den Gewerkschaften zu versammeln, zu artikulieren und Fraktionen zu bilden!
- Für die Wählbarkeit und jederzeitige Abwählbarkeit der FunktionärInnen! Kein/e FunktionärIn darf mehr als ein durchschnittliches FacharbeiterInnengehalt verdienen!
- Aufhebung aller Einschränkungen des Streikrechts, insbesondere des Rechts auf politischen Streik! Für klassenkämpferische Gewerkschaften, strukturiert nach Branchennähe, Streikfähigkeit und gemäß dem Prinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“.

Ein Programm gegen die Krise

Entscheidend für den Erfolg der Strategiekonferenz und der Gewerkschaftslinken wird sein, ob ihre Isolation innerhalb der ArbeiterInnenbewegung durchbrochen werden kann. Dazu bedarf es aber auch der Diskussion und Formulierung einer politischen Alternative zum Bürokratismus und Reformismus des Apparates.

Der Kampf um eine Politisierung der Gewerkschaften ist dazu unerlässlich. Die drohenden Angriffe werden nicht nur in Betrieben stattfinden.

Die Frage von explodierenden Mieten, Kampf um die Erhaltung unserer

Lebensgrundlagen, imperialistische Aufrüstung, Rassismus, Schuldendiktate und

Generalangriffe auf demokratische Rechte bedürfen politischer

Antworten bis hin
zum politischen Streik.

Daher sollte auch eine Verbindung der gewerkschaftlichen Kämpfe mit bestehenden Bewegungen wie „Fridays for Future“ oder „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ gesucht werden. Dies wird nur möglich sein durch programmatische Forderungen, die in die kommenden Auseinandersetzungen getragen werden und um die sich kämpferische ArbeiterInnen sammeln können:

- Wir zahlen nicht für eure Krise! Gegen die staatliche Rettung maroder Banken und Konzerne. Keine Subventionsprogramme zur Steigerung der Profite!
- Streiks und Besetzungen gegen die kommenden Massenentlassungen! Anstelle einer sozialpartnerschaftlichen „Lösung“: entschädigungslose Enteignung der Schlüsselindustrien und der Banken unter ArbeiterInnenkontrolle!
- Weg mit allen Hartz-Gesetzen sowie Leih- und Zeitarbeitsverhältnissen! Nein zu allen Privatisierungen! Demokratische Kontrolle der Arbeitslosenversicherung, des Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesens durch die Beschäftigten! Die Gewerkschaften müssen auch für die kämpfen und die aufnehmen, die nicht im Produktionsprozess stehen.
- Kampf für eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche in ganz Europa! Für einen europaweiten Mindestlohn und internationale Tarifverträge, um der Standortkonkurrenz entgegenzutreten!
- Nein zu Rassismus, Sexismus, Militarismus, Umweltzerstörung! Offene Grenzen statt Festung Europa! Europaweiter und internationaler Klassenkampf statt

Nationalismus!

Auf dem Vorbereitungstreffen wurde von verschiedenen Kräften der Vorschlag eingebracht, eine Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu starten – angesichts der drohenden Massenentlassungen eine richtige und wichtige Forderung, vor allem im Zusammenhang mit den zu erwartenden Produktivitätssteigerungen durch die Digitalisierung. Die Forderung sollte aber dahingehend erweitert werden, eine von ArbeiterInnen kontrollierte Aufteilung der Arbeit auf alle, die in Europa leben, zu erreichen – so kann auch der Spaltung der Lohnabhängigen entgegengetreten werden.

Um zu einem Attraktionspol für kämpferische GewerkschafterInnen zu werden, reicht natürlich die Bewerbung einer Strategiekonferenz nicht aus. Die Initiative muss vielmehr auch in den Kämpfen und Mobilisierungen bekannt gemacht werden.

Vor allem aber geht es auch darum, dass die Gewerkschaftslinken eine klassenkämpferische Antwort in den laufenden Auseinandersetzungen und Aktionen – sei es gegen die drohenden Massenentlassungen, sei es gegen den Pflegenotstand, sei es bei Fridays for Future oder der zentralen Mobilisierung der IG Metall am 29. Juni – vertritt.

„Aus unseren Kämpfen lernen“ – aber wie?

Frederik Haber/Helga Müller, Infomail 1064, 14. März 2019

Unter obigem Motto fand die 4. Streikkonferenz vom 15. bis 17. Februar in Braunschweig statt. Mit rund 800 Teilnehmenden war sie die bisher größte ihrer Art. Offensichtlich gibt es Bedarf, über die Praxis der Gewerkschaften zu diskutieren. Von den Mitgliederzahlen her waren diese in den letzten 70 Jahren noch nie so schwach wie heute. Nur noch die Hälfte der Beschäftigten arbeitet in Betrieben mit Betriebs- oder Personalräten, der Geltungsbereich von Tarifverträgen ist auf unter 50 Prozent gesunken.

Niedergang

Dieser

Niedergang hat nicht nur auf Grundlage strategischer Niederlagen wie der Agenda

2010 stattgefunden, sondern setzte sich in den letzten Jahren auch ohne scharfe

offene Angriffe und Rückschläge fort, in Zeiten, in denen die Gewerkschaftsführungen mit der Regierung kooperieren, ja sie sogar offen

unterstützen; in Zeiten, in denen der DGB gemeinsam mit den Unternehmerverbänden „Hundert Jahre Mitbestimmung“ feiert.

Höchste Zeit

also zu fragen, was die Gewerkschaften falsch machen. Ist es nur die Praxis oder steht dahinter auch eine bestimmte Politik? Die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Veranstalterin der Braunschweiger Konferenz beschränkte sich allerdings bewusst auf ein Konzept, einzelne gute Beispiele zu präsentieren, die dann anderswo nachgeahmt werden können. Recht offen stellte ihre Vorsitzende dar, dass in den Gewerkschaftsführungen oft Leute sitzen, die nichts ändern möchten. Sie berichtete von der mühevollen Arbeit, diese trotzdem von der Notwendigkeit dieser Konferenz zu überzeugen.

Die einfache

Frage, warum die Leute, die für den Niedergang der Gewerkschaften verantwortlich sind, an der Klassenzusammenarbeit um praktisch jeden Preis festhalten und daran auch nichts ändern wollen, noch hofiert, stellt sie nicht und offensichtlich nicht viele im Publikum: Gehören solche Leute nicht einfach rausgeschmissen?

Die

VeranstalterInnen setzen denn auch darauf, möglichst viele regionale Verantwortliche als UnterstützerInnen zu gewinnen. Überhaupt sind viele Hauptamtliche dabei. Beim Branchentreff Metall stellen sie rund die Hälfte der

Anwesenden. Mag sie auch Unbehagen über die derzeitige Politik nach Braunschweig getrieben haben, in der Diskussion verteidigen sie die Politik der Führung – sei es aus Überzeugung oder Reflex.

Der Tarifabschluss 2018 sei ein Einstieg in die Arbeitszeitdebatte und hätte eine Verkürzung der Arbeitszeit gebracht – meinte z. B. das IGM-Vorstandsmitglied Urban. Dass der Abschluss ein größeres Arbeitszeitvolumen ermöglicht und viele Unternehmen dies nutzen, wird genauso wenig erwähnt, wie dass der rechte Apparat der IGM mit diesem Abschluss die Arbeitszeitdebatte für beendet erklärt hat. Jegliche Strategie der Linken muss aber von der Realität ausgehen und nicht von Wunschdenken und Schönreden.

Rechtsruck und Gewerkschaften

Die Krise der Gewerkschaften drückt sich auch darin aus, wie sie mit dem Rechtsruck in der Gesellschaft umgehen. So sorgte sich die IG Metall bei den Betriebsratswahlen 2018 sehr um das Abschneiden einiger betont rechter, rassistischer und gewerkschaftsfeindlicher Listen. Nachdem diese aber nur wenige Mandate erzielt

hatten, ist das kein wirkliches Thema mehr.

Dazu trug Klaus Dörre auf der Konferenz ein Referat vor, das darauf hinwies, dass „sich nur wenige Kandidaten gefunden haben, die sich während der Betriebsratswahlen auf Listen offensiv dazu bekennen, rechte Positionen zu vertreten, doch das bedeute nicht, dass diese nicht existieren.“ Allein 19 Prozent der Lohnabhängigen und 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder haben bei der Bundestagswahl 2017 der AfD ihre Stimme gegeben – bei einem Gesamtergebnis von 12,6 Prozent ein deutlich überdurchschnittlicher Wert.

Er stellte dar, dass es nicht nur GewerkschafterInnen gibt, die sowohl „korrekte“ gewerkschaftliche Positionen vertreten wie auch rechtspopulistische Floskeln äußern, sondern auch überzeugte rassistische ReaktionärInnen, die manchmal eine führende Rolle in den betrieblichen Strukturen ausüben und als „gute InteressensvertreterInnen“ gelten. Wo diese einmal etabliert sind, wird das Thema vom Apparat tabuisiert, solange die Mitglieder oder Betriebsräte keine Konkurrenzliste aufmachen.

Das hätte viel Anlass zur Diskussion geben können und müssen. Es zeigt, dass die

reformistischen BürokratInnen rassistische, nationalistische und rechtspopulistische Positionen dulden, solange diese Kräfte die Gesamtpolitik des Apparates nicht stören. Man könnte das als unausgesprochenes Stillhalteabkommen bezeichnen. Für die Linke in den Gewerkschaften bedeutet dies, dass es nicht reicht, nur gute, aktive Betriebsarbeit zu machen, auf „Organizing“ zu setzen und sich um die unorganisierten Bereiche insbesondere im prekären Sektor zu kümmern, der bekanntlich von der Bürokratie fast völlig vernachlässigt wird. Vielmehr muss dies mit einem aktiven Kampf gegen Rassismus verbunden werden – und eine solche Politik muss auch gegen den Apparat in den Gewerkschaften und in den Großkonzernen durchgesetzt werden.

Es liegt auf der Hand, dass diese nicht in „Bunt statt Braun“- Bekenntnissen aller Gutmenschen oder in gemeinsamen Erklärungen von Betriebsräten mit den Unternehmensleitungen bestehen kann. Die richtige Erklärung, dass die AFD „neoliberale“ und arbeiterInnenfeindliche Politik mache, bleibt solange weitgehend unwirksam, wie die Gewerkschaften auf Klassenzusammenarbeit mit den BetreiberInnen und ProfiteurInnen dieser „neoliberalen“ Politik setzen. Der Kampf gegen rechts ist in den Gewerkschaften zugleich einer gegen die Klassenzusammenarbeit und kann letztlich nur so erfolgreich sein.

Dies wird nicht nur in den Gewerkschaftsstrukturen kaum thematisiert. Auch in Braunschweig gab es keine Diskussion mit Dörre zu dessen Studien und teilweise provozierenden Thesen. Nur ein Workshop ganz am Ende der Tagung betrachtete den „Umgang mit Rechtspopulismus in Betrieb und Gewerkschaft“ – ansonsten wurde das Thema routiniert ausgesessen.

Beteiligung

Ein gutes Drittel der TeilnehmerInnen kann man als „jung“ (also unter 40) bezeichnen und insgesamt lag der Altersdurchschnitt deutlich unter dem der meisten Gewerkschaftsveranstaltungen. Aber die in Braunschweig versammelte „Gewerkschafts-Jugend“ war nicht sonderlich radikal. Es schienen viele Studierende unter ihnen zu sein, denen die Konferenz mal erlaubt, an Betriebsarbeit zu schnuppern, aber auch viele, die direkt an einem Aufstieg in den Apparat arbeiten.

Frappant war der geringe Anteil an MigrantInnen auf der Konferenz. Sie sind bekanntlich in der Gewerkschaft umso schlechter vertreten, je höher es in die Ränge der

FunktionärInnen geht. In Braunschweig kamen gerade mal 16 Menschen zum Workshop über Migration. Das stand in eklatantem Gegensatz zu Bernd Riexingers Statement in der Podiumsdiskussion am Freitagabend, dass Streiks „heute jünger, weiblicher und migrantischer“ seien. Diese Aussage ist dort gültig, wo Streiks im Handel, bei ErzieherInnen und in ähnlichen Bereichen stattfinden. Sie wirft aber auch ein Licht darauf, dass genau diese KollegInnen in Braunschweig wenig anwesend waren, sondern vor allem die GewerkschaftssekretärInnen, die diese Kämpfe betreuen und organisieren.

Insgesamt war ver.di viel besser vertreten als die IG Metall – ein Indiz dafür, dass dort die Spielräume größer sind. Das liegt einerseits an deren branchenbedingter Vielfalt und einem relativ schwächeren Apparat, aber auch daran, dass die IG Metall die Schlachtschiffe des deutschen Groß- und Exportkapitals organisiert, insbesondere die Autoindustrie. Ihr Beitrag zu der dort herrschenden engen Zusammenarbeit mit dem Kapital ist es, alle eigenständigen Bewegungen und Initiativen zu ersticken, die die arbeitsteilige Produktion und den Umsatz gefährden könnten. Ja, es werden sogar störende Elemente in Kollaboration mit dem Management aus den Betrieben entfernt.

Pflegenotstand

Ein wichtiger Schwerpunkt der Konferenz war die Debatte zum Gesundheitswesen. Kein Wunder fehlen nach ver.di-Angaben über 100.000 Pflegekräfte. Ver.di hatte deswegen vor ca. 2 Jahren eine Kampagne zur Entlastung der Klinikbeschäftigten initiiert und in immerhin 13 Krankenhäusern Tarifverträge und schuldenrechtliche Abkommen für mehr Personal durchsetzen können, teilweise durch wochenlange Durchsetzungstreiks wie an den Unikliniken in Essen und Düsseldorf. In den Medien ist seitdem die Personalmisere insbesondere in den Krankenhäusern immer wieder Thema. Selbst die Politik musste mit diversen neuen Gesetzen reagieren, die vorgeben den Personalnotstand zu bekämpfen. Von daher wurden auf der Konferenz diverse Arbeitsgruppen zur Bilanz der Entlastungskampagne und wie es damit weitergeht angeboten.

Trotz positiver Beispiele wie Abkommen und Tarifverträge für mehr Personal durchgesetzt werden konnten, wurde hier versäumt intensiv darüber zu diskutieren, welche Mittel die Belegschaften einsetzen müssen, um die Tarifverträge auch gegen den Willen der Klinikleitungen in der Realität umzusetzen. Trotz eines Beschlusses des Bundesfachbereichsvorstandes 3 (Fachbereich 3 ist in ver.di für den

Gesundheitsbereich zuständig), die Kampagne fortzuführen und trotz des ernstgemeinten Appells eines linken Gewerkschaftssekretärs, die Umsetzung des Personalaufbaus gemeinsam mit allen Beschäftigten der 13 Krankenhäuser gegen die Verweigerungshaltung der Klinikleitungen durchzusetzen, wurde es versäumt zu diskutieren, wie genau dieses gemeinsame Vorgehen gegen den Willen des Apparats durchgesetzt werden kann. Lag doch eine der Schwächen der Kampagne genau darin, dass die ver.di-Verantwortlichen die Kampagne in keiner Phase des Kampfes so angelegt hatten, dass die Belegschaften aller Krankenhäuser in einen gemeinsamen Kampf für die Durchsetzung von mehr Personal entsprechend dem Bedarf geführt wurden.

Eigentlich eine gewerkschaftliche Binsenweisheit! Liegt doch die Kraft eines bundesweit angelegten gewerkschaftlichen Kampfes gerade darin, dass besser organisierte und kampffähigere Belegschaften schwächere mitziehen können und diese durch ein bundesweites Abkommen für mehr Personal davon profitieren können. Immer wieder wurde auch gemunkelt, dass der Bundesvorstand die Kampagne gerne nur noch auf Sparflamme hätte fortführen wollen bis sie dann zu guter Letzt ganz aufgegeben wird. Das konnte tatsächlich durch den Kampf der Belegschaften der 13 Krankenhäuser durchbrochen werden. Sehr richtig wurde in den

Diskussionen von
ver.di-Seite angemerkt, dass diese Kampagne mehr ist als der
„übliche“
gewerkschaftliche Kampf um einen Tarifvertrag, diese darüber
hinausgeht und
auch eine politische Kampagne beinhaltet.

Aber anstatt
Ross und Reiter zu nennen, dass es um einen politischen Streik
geht gegen die
Privatisierungspolitik der Regierungen und gegen die
Einführung der sog. DRGs
(Fallpauschalen), die die Privatisierung erst für
Gesundheitskonzerne lukrativ
gemacht haben, verwiesen die anwesenden Gewerkschaftssekretäre
und die
Vertreter der Linkspartei auf die diversen Volksbegehren in
Hamburg, Berlin,
Bremen und Bayern, die zum Ziel haben einen verbindlichen
gesetzlichen
Personalschlüssel durchzusetzen. Egal ob im Norden oder Süden
der Republik – diese
Volksbegehren haben den großen Nachteil, dass sie einerseits
einem mehr oder
weniger komplizierten gesetzlichen Verfahren unterworfen sind,
das zum Ziel
oder auch nicht führen kann und das andererseits vollkommen
vom politischen
Willen der jeweiligen Regierungen abhängig ist.

Perspektive

Insgesamt ist

diese Konferenz nicht darauf ausgelegt gewesen, die linken, kritischen oder oppositionellen Teile in den Gewerkschaften zu radikalisieren und zu vereinen. Dazu wäre auch eine Kritik an der Praxis der Bürokratie – einschließlich des linken Flügels des Apparates – nötig gewesen. Die Vereinbarungen zur „Standortsicherung“ beispielsweise verlieren ihren spalterischen Charakter – die Sicherung der Arbeitsplätze auf Kosten anderer Belegschaften und der prekär Beschäftigten – nicht dadurch, dass sie von kämpferischen Aktionen begleitet werden und dem Kapital das eine oder andere Zugeständnis abknöpfen. Die permanente Rechtfertigung solcher Politik durch „linke“ SekretärInnen als einzig Mögliche und damit, dass die KollegInnen ja noch nicht so weit wären („Ich selber bin ja auch SozialistIn“) blockiert und beschränkt zugleich die Entwicklung des Klassenbewusstseins und der Entschlossenheit der AktivistInnen. Aus dem Munde linker GewerkschafterInnen sind die Rechtfertigungen oftmals wirkungsvoller als aus dem Munde derer, die schon die Ansätze von Kämpfen verhindern.

Hinzu kommt, dass die Fortsetzung der Politik der Sozialpartnerschaft durch gewerkschaftliche Unterstützung der Regierungspolitik von SPD und Linkspartei auch weitgehend ausgeblendet wurde.

Natürlich ist es für einzelne AktivistInnen enorm schwer, in der Masse von sowohl rückständigen Belegschaften als auch Gewerkschaftsstrukturen, die voll und ganz unter der Kontrolle der ReformistInnen stehen, den Spagat zu machen zwischen Mobilisierung für den Kampf, Kritik an den Apparatmethoden, der Entwicklung und Durchsetzung alternativer Strategien, die nicht nur kämpferischer sind, sondern zugleich eine antikapitalistische Perspektive entwickeln, die mit der Praxis verbunden sind.

Aber genau das erfordert eine verbindliche Organisation der klassenkämpferischen Kräfte in den Gewerkschaften und Betrieben, die nicht nur um eine andere Politik vertreten, sondern auch darum kämpfen, die Macht des Apparates zu brechen – eines Apparates, der nicht nur eine sozialpartnerschaftliche und bürgerliche Politik in der Klasse betreibt, sondern der auch über tausende Fäden eng mit dem Herrschaftssystem des Kapitals verbunden ist. Schritte in diese Richtung unternahm die Streikrechtskonferenz nicht – und das war von der Linkspartei und den ihr nahestehenden Teilen der Gewerkschaftsspitzen auch nicht beabsichtigt.

Zur organisierten Opposition können wir nur auf Grundlage einer

Aufarbeitung der
Krise der Gewerkschaften und einer Verständigung gelangen,
worin die Politik des
reformistischen Apparates besteht. Dazu sind Verabredungen zum
Kampf gegen die
reformistische Bürokratie nötig.

Die nächste
Gelegenheit dafür bietet sich voraussichtlich mit dem Projekt
einer
Strategiekonferenz im Jahr 2020. Die Initiative zur Vernetzung
der
Gewerkschaftslinken hatte dafür im Vorfeld geworben und schon
einige Resonanz
erhalten. Ein kurzes Treffen für die Organisation zählte dann
immerhin 70
TeilnehmerInnen. Offensichtlich gibt es bei einigen das
Bedürfnis, tiefer zu
gehen, als nur Anregungen für eine bessere Praxis zu sammeln.
Möglicherweise
hat die Übermacht des Apparates in Braunschweig die
Notwendigkeit, über
Strategie nachzudenken, noch befördert. Zur Vorbereitung der
Strategiekonferenz
2020 findet ein nächstes Vernetzungstreffen am 18. Mai 2019 in
Frankfurt/Main
statt.

Das strategische
Ziel muss die Befreiung der größten Organisationen der
ArbeiterInnenklasse von
denen sein, die sie in der Zusammenarbeit mit dem Kapital und
dessen Staat
fesseln.

Streikrechtskonferenz 2019: Klassenzusammenarbeit ist eine Sackgasse!

Frederik Haber, Neue Internationale 235, Februar 2019

„Aus unseren Kämpfen lernen“ heißt das Motto der Konferenz linker GewerkschafterInnen, die 2019 zum vierten Mal von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert wird. So gut es ist, dass es diesen Rahmen für kämpferische, aktive und linke Kolleginnen und Kollegen gibt, so groß ist auch diesmal die Gefahr, in den vielen kleinen Problemen der gewerkschaftlichen Alltagspraxis stecken zu bleiben und dem Bemühen, damit fertig zu werden.

„In unseren gewerkschaftlichen Kämpfen entstehen neue Formen der Gegenwehr“, heißt es in der Einladung: „Was können wir aus ihnen lernen? Wie können wir Erfolge verallgemeinern, alte Routinen durchbrechen und unsere Durchsetzungsfähigkeit stärken?“

Hier stecken die VeranstalterInnen aus der Rosa Luxemburg-Stiftung, also der Linkspartei, den Rahmen der Konferenz ab: eine bessere gewerkschaftliche Praxis. Diese erstreben

selbstverständlich alle
aktiven GewerkschafterInnen und Linken. Doch die Frage
beinhaltet auch eine
Einschränkung. Der Rahmen der „gewerkschaftlichen Praxis“
selbst, die
Gesamtheit der kapitalistischen Verhältnisse in Deutschland
und international,
die politische Strategie der Gewerkschaften und Betriebsräte,
also die
eigentlichen Grundlagen der aktuellen Praxis, erscheinen
allenfalls als
Nebenfragen.

Aber eine „bessere Praxis“ kann ohne eine „bessere“, d. h.
grundlegend andere politische Ausrichtung auf betrieblicher
oder Branchenebene
allenfalls nur als Ansatz, als Stückwerk in Erscheinung
treten. Die bestehende
„alte Routine“ entspricht nämlich der Ausrichtung der
deutschen
Gewerkschaftsbewegung, der Verinnerlichung der
Klassenzusammenarbeit mit dem
Kapital auf allen Ebenen vom Betrieb über die Aufsichtsräte
bis zur
Unterstützung der Großen Koalition – und sie kann daher
letztlich auch nur
überwunden werden, wenn die Politik und Strategie der
herrschenden Bürokratie
in Gewerkschaften und Betriebsräten in Frage gestellt, ja
bekämpft wird.

Das ist keine abstrakte Frage. Beispielsweise ist in den
Krankenhäusern eine Bewegung für Mindestbesetzungen in der
Pflege in Gang
gekommen. Es gibt erste Erfolge. In Haustarifverträgen gibt es

Quoten oder
zumindest Mechanismen, wie seitens der Belegschaften
gegengesteuert werden
kann.

Beispiel Kampf um Pflege

Warum bleibt es bei einzelnen Beispielen? Natürlich gibt es
überall rückständige Belegschaftsteile, hinderliche
Einstellungen von
Beschäftigten, die auch von christlicher und anderer Ideologie
gefördert
werden. Aber es gibt auch das Problem, dass sich die ver.di-
Führung weigert,
für einen allgemeinen Tarifvertrag zu kämpfen. Ein gemeinsamer
Tarifkampf muss
natürlich entsprechend vorbereitet werden. Aber er kann alle
Belegschaften
vereinen und die schlechter Organisierten mit hineinziehen und
stärken.

Das Verhalten des ver.di-Vorstandes beruht nicht einfach auf
dem Festhalten an „alter Routine“, sondern resultiert aus ganz
bewusster
Politik. Die AktivistInnen aus den Krankenhäusern und den
Soli-Gruppen sollen
Unterschriften sammeln und demonstrieren, die ver.di-Führung
will alleine
bestimmen, wie weit die KollegInnen gehen können/dürfen.
Schließlich sollen sie
nicht als selbstständige EntscheiderInnen über ihre Aktionen
auftreten, sondern
als Mittel, die Verhandlungsmacht der Führung zu erhalten.

Warum verhindert sie einen einheitlichen Kampf? Vielleicht, weil zu viele Apparatschiks in den Aufsichtsräten sitzen? Oder in Stadträten und Verwaltungen, die Ausgabensteigerungen fürchten? Die zwar Minister Spahn angehen, aber keinesfalls eine Massenbewegung wollen, die die Regierungskoalition gefährdet?

Der Kampf in der Pflege und den Krankenhäusern hat enormes Potential. Er kann Massen in den Kampf führen, die bisher eher am Rand standen und sich erst in den letzten Jahren organisiert und mobilisiert haben. Er kann auf Unterstützung aus der ganzen ArbeiterInnenklasse rechnen. Der Pflegenotstand ist Folge einer Politik, die Steuersenkungen für das Kapital von den Arbeitenden durch Kürzungen für die Kommunen, Senkung der „Lohnnebenkosten“, Einführung und Ausbreitung von Niedriglöhnen bezahlen lässt.

Diese Politik wurde von den Gewerkschaftsführungen mitgetragen. Die SPD hat sie aktiv gestaltet. Die „Agenda 2010“ sollte die Stellung Deutschlands gegenüber den anderen führenden imperialistischen Ländern verbessern.

Die Linkspartei bekämpft diese Politik zwar in Worten, aber es reicht weder, eine bessere Praxis zu propagieren noch der SPD gelegentlich den Schwarzen Peter Agenda 2010 vorzuhalten. Erst recht wird eine solche Politik zur Farce, wenn in Landesregierungen gemeinsam mit der SPD und den Grünen die Agenda 2010 weiter verwaltet und umgesetzt wird.

Die Gewerkschaften sind durch und durch von der Politik geprägt, die die Agenda durchsetzte und heute umsetzt:

- „Gestaltung“ der Leiharbeit statt deren Bekämpfung.
- Standort„sicherung“ auf Kosten anderer Belegschaften im In- und Ausland.
- Aushöhlung der Tarifverträge durch Standort„sicherung“, Sanierungs-TV, Ausgliederung.
- Kein Kampf für kollektive Arbeitszeitverkürzung, selbst angesichts massiver Arbeitsplatzverluste durch Digitalisierung.
- Unterstützung des Angriffs auf das Streikrecht (IG Metall, SPD) bzw. die kampflose Hinnahme (ver.di und Linkspartei).

Diese Politik schwächt die Gewerkschaften und macht sie wehrlos gegen Angriffe, die sich mit der kommenden Krise noch verstärken werden. Sie entfremdet immer größere Teile der Lohnabhängigen von ihnen und liefert sie den rechten PopulistInnen aus.

Eine andere, bessere Gewerkschaftspraxis kann nur durchgesetzt werden, wenn diese Politik aktiv bekämpft wird. Wir müssen dafür eintreten, dass die Gewerkschaften damit brechen!

Daher soll die Konferenz diese Fragen behandeln und die Diskussion dazu organisieren – in Braunschweig und darüber hinaus. Wir brauchen nicht nur Erfahrungsaustausch, sondern gemeinsame Forderungen, um den Kampf für eine andere, klassenkämpferische und anti-bürokratische

Gewerkschaftspolitik zu koordinieren und zu vereinheitlichen. Hierzu einige Vorschläge:

- Statt im Namen der Wettbewerbsfähigkeit und des Exportes Angriffe auf Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, brauchen wir den Kampf für unsere Interessen mit allen gewerkschaftlichen und politischen Mitteln. Betriebsbesetzungen sind dabei unverzichtbar und legitim.
- Die Einbeziehung der Basis in die Entscheidung über Streiks ist der Anfang – letztlich hat nur sie über den Abschluss zu entscheiden und nicht die hauptamtlichen Zentralen. Die Streikleitungen müssen von ihr gewählt, ihr wirklich rechenschaftspflichtig und abwählbar sein.
- Eine radikale Erhöhung des Mindestlohnes ohne Ausnahmen ist ein entscheidendes Mittel, um den rechten DemagogInnen das Wasser abzugraben und den ständigen Lohndruck auf Stammebelegschaften abzuschwächen.

- Betriebe, die Arbeitsplätze vernichten, müssen entschädigungslos unter Kontrolle der Beschäftigten enteignet werden!
- Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel, alle Arbeitssuchenden in die Betriebe zu integrieren! Gleiche Löhne und Arbeitsbedingungen für Stamm- und Randbelegschaften! „Ein Betrieb – ein Tarifvertrag“ statt Spaltung. Kampf der Leiharbeit!
- Solidarität mit kämpfenden KollegInnen in anderen Ländern statt „Sicherung der deutschen Standorte“ – gerade in den internationalen Konzernen!
- Kampf gegen Rassismus durch Massenmobilisierung! Aufnahme von Geflüchteten und MigrantInnen in die Gewerkschaften! Keine Rückendeckung für die Große Koalition – das ist nur Wasser auf die Mühlen der AfD.

Aussprechen, was ist

Es hilft den Linken in den Gewerkschaften nicht, sich davor aus taktischen Überlegungen oder Opportunismus zu drücken. „Zu sagen, was ist, bleibt die revolutionärste Tat...“ – Luxemburgs Satz ist angesichts der Krise der deutschen Gewerkschaftsbewegung nur zu wahr!

Es hilft daher nichts, die Lage der Gewerkschaften angesichts von Rechtsruck, Krise, globaler Konkurrenz und Militarisierung zu beschönigen. Die Politik der sozialpartnerschaftlichen Mitverwaltung des Kapitalismus, der Standortpolitik ist tief in die politische DNA der Führungen, des Apparates und der Betriebsräte der Großkonzerne eingeschrieben. Daher bildet diese Bürokratie heute auch eine der wichtigsten verbliebenen Stützen der Großen Koalition.

Um eine bessere, andere Praxis in den Betrieben und Gewerkschaften durchzusetzen, bedarf es neben Forderungen und Diskussion vor allem auch des organisierten, gemeinsamen Vorgehens der linken, klassenkämpferischen GewerkschafterInnen, Vertrauensleute, Betriebsräte. Das System der Bürokratie, das die ArbeiterInnenklasse an die Zusammenarbeit mit Kapital und Regierung bindet, kann nicht einfach „reformiert“ werden. Es reicht

nicht, einzelne Personen durch andere zu ersetzen. Vielmehr müssen die Gewerkschaften der Kontrolle durch einen Apparat, eine ganze bürokratische Schicht entrissen und auf demokratischer Basis neu aufgebaut werden. Dazu bedarf es einer organisierten Basisbewegung, einer Opposition, die für eine demokratische, antibürokratische, klassenkämpferische Gewerkschaft kämpft!